

**Zeitschrift:** ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische  
Militärzeitschrift

**Herausgeber:** Schweizerische Offiziersgesellschaft

**Band:** 190 (2024)

**Heft:** 10

  

**Rubrik:** Internationale Nachrichten

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## FINNLAND

**Balticconnector:  
Unfall oder Sabotage?**

Die Balticconnector-Pipeline, eine wichtige Gasverbindung zwischen Estland und Finnland, wurde im Oktober letzten Jahres schwer beschädigt. Die 77 Kilometer lange Unterwasser-Pipeline, die 2019 in Betrieb genommen wurde, um die Abhängigkeit der baltischen Staaten und Finnlands von russischem Gas zu verringern, erlitt einen plötzlichen Druckabfall. Erste Untersuchungen deuteten auf eine Beschädigung durch einen Anker hin, der mehrere Kilometer über den Meeresboden geschleppt wurde. Finnische und estnische Ermittler bargen den sechs Tonnen schweren Anker in der Nähe der Pipeline und konnten diesen der «New Polar Bear», einem in Hongkong registrierten

Containerschiff zuordnen. Das Schiff reagierte damals jedoch nicht auf Kontaktversuche und lief später Häfen in Russland und China an. Die chinesischen Behörden räumten schliesslich ein, dass ihr Schiff den Schaden verursacht hatte, behaupteten jedoch, es sei ein Unfall gewesen, verursacht durch einen starken Sturm. Diese Erklärung stösst bei westlichen Beobachtern indes auf Skepsis. Der estnische Verteidigungsminister Hanno Pevkur äusserte Zweifel an dieser Darstellung, da es zum fraglichen Zeitpunkt keine Stürme im finnischen Meerbusen gegeben habe. Auch der damalige finnische Minister für europäische Angelegenheiten, Anders Adlercreutz, hielt eine versehentliche Beschädigung für unwahrscheinlich. Es sei schwer vorstellbar, dass die Besatzung nicht bemerkt haben soll, wie sie den Anker über Hunderte von Kilometern hinter sich herzog. Die Reparatur der Pipeline

dauerte sieben Monate, wurde im ersten Halbjahr 2024 abgeschlossen und verursachte Kosten von rund 38 Millionen Euro. Seit April ist die Balticconnector-Pipeline nun wieder in Betrieb, doch die Ermittlungen dauern an. Die Staatsanwaltschaft in Estland betont, dass die chinesischen Angaben nicht als Beweismittel in den strafrechtlichen Ermittlungen verwendet werden können, da China die estnischen Ermittler nicht zur Teilnahme an den eigenen Untersuchungen eingeladen hat.

Sicherheitsexperten vermuten einen gezielten Sabotageakt Russlands oder seines Verbündeten China. Das finnische Institut für Internationale Angelegenheiten sieht eine gezielte Sabotage als wahrscheinlich an, da in den letzten Jahren auch andere Unterwasserinfrastrukturen in der nordisch-baltischen Region durch «von Menschenhand verursachte Aktivitäten» beschädigt wurden, beispielsweise die

Nord-Stream-Pipelines im Jahr 2022. Die finnische Aussenministerin Elna Valtonen bestätigte die ständige Zusammenarbeit und den Informationsaustausch mit China, ging aber nicht ins Detail, da die Ermittlungen noch andauern. Das finnische Nationale Ermittlungsbüro erklärte, dass der Ablauf der Ereignisse klar sei und es ausreichende Gründe gebe, das Containerschiff «New Polar Bear» mit den Schäden in Verbindung zu bringen. Ob technisches Versagen, Fahrlässigkeit, schlechte Seemannschaft oder eine vorsätzliche Handlung dahinterstecken, könne jedoch erst nach Abschluss aller notwendigen Ermittlungen festgestellt werden, und das werde noch einige Zeit in Anspruch nehmen. War es wirklich ein Unfall oder steckt mehr dahinter? Die Antworten darauf könnten einmal mehr weitreichende geopolitische Implikationen haben. *pk*

## ÄGYPTEN

**Pakt mit Somalia**

In den letzten Wochen haben sich die Spannungen im Horn von Afrika erheblich verschärft, da Ägypten und Somalia ihre militärische Zusammenarbeit intensivieren. Diese Entwicklungen haben Äthiopien alarmiert und die Region in eine neue Phase der Unsicherheit versetzt. Der Auslöser für den jüngsten Konflikt ist ein Verteidigungsabkommen, das Ägypten und Somalia Anfang September unterzeichnet haben. Dieses Abkommen sieht nicht nur die Lieferung von Waffen, sondern auch die Entsendung von bis zu 10 000 ägyptischen Soldaten nach Somalia vor. Diese Truppen sollen die somalischen Streitkräfte ausbilden

und unterstützen, was Äthiopien als direkte Bedrohung seiner nationalen Sicherheit ansieht. Die ägyptische Regierung hat zudem angekündigt, gemeinsame Militärübungen mit Somalia durchzuführen, die Boden-, Luft- und Seestreitkräfte umfassen sollen. Diese Massnahmen werden als Machtdemonstration interpretiert, die die ohnehin schon angespannten Beziehungen zwischen Ägypten und Äthiopien weiter belasten könnten. Ein zentraler Streitpunkt zwischen Ägypten und Äthiopien ist der Grand Ethiopian Renaissance Dam, ein massives Staudammprojekt am Blauen Nil, das Ägypten als existenzielle Bedrohung für seine Wasserversorgung betrachtet. Äthiopien hingegen sieht den Damm als entscheidend für die Erzeugung dringend benötigter Elektrizität. Trotz jahrelanger Verhandlungen konnte

keine Einigung erzielt werden, die beide Länder zufriedenstellt. Ägypten hat daher den UN-Sicherheitsrat angerufen, um gegen die aus seiner Sicht einseitigen Massnahmen Äthiopiens vorzugehen. Parallel dazu gibt es Spannungen zwischen Somalia und Äthiopien, insbesondere wegen der umstrittenen Region Somaliland. Äthiopien hat Interesse an einem Zugang zum Roten Meer über Somaliland, was Somalia als Verletzung seiner territorialen Integrität sieht. Die somalische Regierung hat wiederholt ihre Absicht bekundet, äthiopische Truppen aus ihrem Land zu entfernen, was die Möglichkeit eines militärischen Konflikts erhöht. Die ägyptisch-somalische Allianz wird von Äthiopien deshalb als Versuch gesehen, seinen Einfluss in der Region zu untergraben. Äthiopien hat erklärt, dass es nicht tatenlos zusehen

wird, wie andere Akteure Massnahmen ergreifen, die die regionale Stabilität gefährden. Damit wird die ohnehin fragile Sicherheitslage im Horn von Afrika weiter destabilisiert, insbesondere da die Region bereits durch den Bürgerkrieg im Sudan und die Aktivitäten der Al-Shabaab-Miliz in Somalia belastet ist. *pk*



Ein ägyptisches Vorausdetachment ist in Mogadischu gelandet.

Bild: Inside Africa

## CHINA – RUSSLAND – MONGOLEI

## Dilemma um Gaspipeline

Die Zukunft der geplanten Gaspipeline «Power of Siberia-2», die russisches Gas über die Mongolei nach China transportieren soll, steht auf der Kippe. Während eines Staatsbesuchs in der Mongolei Anfang September 2024 warb der russische Präsident Wladimir Putin erneut für das Projekt, das Russland helfen soll, den Verlust des europäischen Gasmarktes infolge des Ukraine-Krieges zu kompensieren. Doch trotz Putins Bemühungen gibt es noch immer keine endgültige Einigung zwischen Russland und China über die Bedingungen der Gaslieferungen, insbesondere über den Preis. Erschwerend kommt hinzu, dass die Mongolei, durch deren Territorium die Pipeline

verlaufen soll, das Projekt nicht in ihren nationalen Entwicklungsplan bis 2028 aufgenommen hat. Dies deutet darauf hin, dass die Mongolei vor 2028 nicht mit einem Baubeginn rechnet. Experten vermuten, dass China angesichts seines voraussichtlich erst nach 2030 steigenden Gasbedarfs bei den Verhandlungen mit Russland eine harte Linie in Bezug auf den Gaspreis verfolgen könnte. Auch geopolitische Faktoren spielen eine Rolle: Russland und China konkurrieren um Einfluss in der Mongolei, was die Verhandlungen zusätzlich erschwert. Peking ist offenbar besorgt, dass Gazprom die einseitige Kontrolle über den mongolischen Abschnitt der Pipeline erlangen könnte, was Moskaus Einfluss in der Region langfristig stärken würde. Während Russland angesichts wegbrechender Gasexporte nach Europa dringend neue Absatzmärkte in Asien erschliessen muss, zeigt sich



Zu ambitioniert? Das russische Pipeline-Netz nach China.

Grafik: Gazprom

China zurückhaltend. Berichten zufolge verlangt Peking, russisches Gas zu den subventionierten Preisen des russischen Inlandsmarktes zu erhalten und nur einen Bruchteil der geplanten jährlichen Kapazität der Pipeline abzunehmen. Für Gazprom wäre dies inakzeptabel, zumal der Konzern aufgrund des Ukraine-Krieges bereits die höchsten Quartalsverluste seit 25 Jahren verzeichnet. Trotz

der Hindernisse gehen die Verhandlungen weiter. Sollte es jedoch zu weiteren Verzögerungen kommen, werden bereits alternative Optionen wie eine Pipeline durch Kasachstan diskutiert. Die nächsten Monate werden deshalb entscheidend sein für die Zukunft von «Power of Siberia-2» und die energiepolitische Zusammenarbeit zwischen Russland und China insgesamt. *pk*

## ÖSTERREICH

## Neue Sicherheitsdoktrin

Im Frühjahr durch Bundeskanzler Nehammer und Vizekanzler Kogler angekündigt, hat nun Österreich einige Monate später eine neue Sicherheitsstrategie vorgelegt, die eine fundamentale Neubewertung der Beziehungen zu Russland beinhaltet. Während Russland bisher als strategischer Partner galt, wird es nun als Bedrohung für die Sicherheit Österreichs und Europas eingestuft. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die europäische Sicherheitsarchitektur erschüttert und stellt eine Zäsur in den Beziehungen dar. Österreich erwartet, dass Russland auch weiterhin versuchen wird, die EU zu

destabilisieren und zu spalten. Die neue Sicherheitsdoktrin, die am 6. September im Ministerrat beschlossen wurde, trägt den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung. Bundeskanzler Karl Nehammer betonte, dass die Neutralität Österreichs nicht gleichbedeutend mit Gleichgültigkeit sei, wenn die Souveränität und territoriale Integrität eines Staates angegriffen werde. Als EU-Mitglied sei Österreich gefordert, gemeinsame Massnahmen solidarisch mitzutragen. Dazu gehört auch die Unterstützung der Ukraine, Moldaus und Georgiens auf ihrem europäischen Weg. Ein zentraler Aspekt der neuen Strategie ist die Stärkung der Landesverteidigung. Angesichts der Bedrohungslage wird sogar ein militärischer Angriff auf die EU oder einen ihrer Mitgliedstaaten nicht mehr ausgeschlossen. Daher soll die militärische Handlungsfähigkeit in

den Bereichen Mobilität, Schutz, Wirkung, Autarkie und Nachhaltigkeit erhöht werden. Zudem ist eine Erhöhung des Verteidigungsbudgets geplant, um die Durchhaltefähigkeit der Streitkräfte zu verbessern. Neben der militärischen Komponente setzt die Sicherheitsstrategie auch auf den Ausbau der zivilen Krisenvorsorge und die Stärkung der gesamtstaatlichen Resilienz. Dazu gehören unter anderem der Schutz kritischer Infrastruktur, die Reduktion von Abhängigkeiten in strategischen Bereichen und die Bekämpfung hybrider Bedrohungen wie Desinformation und Cyberangriffe. Auch die Zusammenarbeit mit Partnern in der EU und NATO soll intensiviert werden, um die Handlungsfähigkeit zu erhöhen. Die Neubewertung der Beziehungen zu Russland ist dabei nicht nur eine Reaktion auf den Ukraine-Krieg, sondern folgt einem län-

gerfristigen Trend. Bereits in den vergangenen Jahren hatte sich Österreich angesichts der zunehmend aggressiven Politik Moskaus schrittweise von Russland distanziert. Dennoch kam die Schärfe der neuen Sicherheitsstrategie für viele Beobachter überraschend. Sie markiert einen Paradigmenwechsel in der österreichischen Außen- und Sicherheitspolitik. Trotz der angespannten Beziehungen betonen österreichische Politiker, dass Russland ein wichtiger Nachbar bleibe und Dialog weiterhin notwendig sei. Außenminister Alexander Schallenberg erklärte, dass es nicht darum gehe, Brücken abzubauen, sondern Klartext zu sprechen. Nur auf Basis des Völkerrechts und der europäischen Werte könne eine tragfähige Nachbarschaft gestaltet werden, «dafür brauche es aber auch ein Umdenken in Moskau», so der Minister. *pk*

VATIKAN

Eintreten für Russland

Papst Franziskus hat die jüngste Entscheidung des ukrainischen Parlaments, die Russisch-Orthodoxe Kirche in der Ukraine zu verbieten, scharf kritisiert. In seiner Ansprache nach dem Angelus-Gebet am 25. August äusserte er seine Befürchtungen hinsichtlich der Religionsfreiheit in der Ukraine und mahnte, dass Kirchen nicht angetastet werden dürften. Das ukrainische Parlament hatte am 20. August mit überwältigender Mehrheit ein Gesetz verabschiedet, das der Russisch-Orthodoxen Kirche eine Frist von neun Monaten setzt, um ihre Verbindungen zum Moskauer Patriarchat

zu kappen. Russland verurteilte die Entscheidung umgehend als Versuch Kiews, die kanonische Orthodoxie zu zerstören. Die Russisch-Orthodoxe Kirche war einst die beliebteste Kirche in der Ukraine, hat aber in den letzten Jahren viele Anhänger verloren, da das ukrainische Nationalgefühl gegenüber der ehemaligen russischen Macht stärker geworden ist. Dieser Prozess beschleunigte sich mit der Gründung einer unabhängigen Ukrainisch-Orthodoxen Kirche im Jahr 2018 und noch mehr mit dem Beginn der russischen Invasion in der Ukraine im Februar 2022, die das Moskauer Patriarchat offen unterstützt hat. Laut einer Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie aus dem Jahr 2023 befürworteten 66 Prozent der Ukrainer ein Verbot der mit

Moskau verbundenen Kirche. Darüber hinaus bekannten sich laut einer Meinungsumfrage derselben Organisation aus dem Jahr 2022 54 Prozent der Ukrainer zur unabhängigen Kirche und nur 4 Prozent zu der unter dem russischen Patriarchat stehenden Kirche, verglichen mit 42 beziehungsweise 18 Prozent im Vorjahr. Papst Franziskus traf sich im Vatikan unterdessen im Juli erneut mit dem hochrangigen russisch-orthodoxen Metropoliten Antonij von Wolokolamsk, dem Leiter der Aussenbeziehungen der Kirche für das Moskauer Patriarchat. Zuvor hatte der Papst im März 2022 den Patriarchen Kyrill in einem Videogespräch ermahnt, nicht die Sprache der Politik, sondern die Sprache Jesu zu verwenden. Kyrill I. steht mitsamt seiner Kirche seit Langem in der Kritik

aufgrund ihrer engen Verbindungen zum russischen Staat und dessen Geheimdiensten. Aktenkundig erwiesen ist, dass Kyrill in den 1970er-Jahren unter dem Decknamen «Michailow» für den sowjetischen Geheimdienst KGB in Genf spionierte. Auch heute noch unterstützt dessen Kirche bedingungslos die Politik des Kremls, insbesondere den Angriffskrieg gegen die Ukraine, den Kyrill als Verteidigung der Heimat und Kampf gegen das Böse darstellt. Die Haltung des Papstes, obwohl sie die Religionsfreiheit in der Ukraine unterstützen soll, steht in scharfem Kontrast zur Kritik der Russisch-Orthodoxen Kirche und unterstreicht die komplexe Wechselwirkung zwischen globaler religiöser Führung und lokalen religiösen Spannungen. *pk*

NAHER OSTEN

US Navy ist positioniert

Angesichts der eskalierenden Spannungen zwischen Israel und Iran hat die US Navy in den letzten Wochen ihre Präsenz im Nahen Osten massiv verstärkt. Bereits Anfang August kündigte das Pentagon die Entsendung zusätzlicher Ressourcen in die Region an, darunter ein Geschwader von Kampffjets sowie Kreuzer und Zerstörer. Diese Entscheidung folgte auf die Neutralisierung hochrangiger Funktionäre der Hamas und der Hisbollah, hinter denen Israel vermutet wird. Die Lage spitzte sich weiter zu, als der politische Anführer der Hamas, Ismail Haniyeh, in Teheran einem Attentat zum Opfer fiel. Nur einen Tag zuvor war der Hisbollah-Kommandeur Fuad Shukr bei einem israelischen Luftangriff in Beirut getötet worden. Iran drohte daraufhin mit Vergel-

tung, insbesondere da sich einer der Vorfälle auf iranischem Territorium ereignete. Dies schürte die Befürchtung einer Eskalation des Konflikts mit potenziell verheerenden Folgen für die gesamte Region. Als Reaktion auf diese Bedrohung ordnete US-Verteidigungsminister Lloyd Austin die beschleunigte Verlegung der Carrier Strike Group der USS Abraham Lincoln in den Verantwortungsbereich des Central Command an. Die mit hochmodernen F-35C-Kampffjets ausgestattete Einheit ergänzt die Fähigkeiten der bereits vor Ort befindlichen Carrier Strike Group USS Theodore Roosevelt. Darüber hinaus wurde das Lenkflächenunterseeboot USS Georgia in die Region beordert. Die Konzentration von Seestreitkräften im Nahen Osten hat jedoch Konsequenzen für andere Einsatzgebiete. Derzeit ist kein einziger US-Flugzeugträger im Pazifik stationiert, was angesichts der anhaltenden Spannungen mit China und Nordkorea Fragen



Die Aufstellung der US Navy Force im Nahen Osten Ende August. Bild: OSINT Defender

aufwirft. Dennoch bekräftigte das Pentagon, dass der Indopazifik weiterhin höchste Priorität genieße und man über ausreichende Fähigkeiten verfüge, um auf Bedrohungen in der Region zu reagieren. Neben den Flugzeugträgern und ihren Begleitschiffen hat die US-Marine auch spezialisierte Einheiten in den Nahen Osten verlegt. So wurde das Hubschrauber-Minensuchgeschwader 15 auf der USS Theodore Roosevelt stationiert, um im Falle einer Minenbedrohung, insbesondere durch die jemenitischen Huthi-Rebellen oder die iranischen Revolu-

tionsgarden, schnell reagieren zu können. Auch eine Staffel von F/A-18E Super Hornets wurde nach Jordanien verlegt, um die Verteidigung gegen mögliche iranische Angriffe auf regionale Verbündete zu stärken. Die Konzentration von Seestreitkräften im Nahen Osten unterstreicht die Entschlossenheit der USA, ihre Verbündeten zu schützen und einer weiteren Eskalation entgegenzuwirken. Gleichzeitig wirft sie Fragen auf, wie lange eine derart robuste Präsenz angesichts der vielfältigen globalen Herausforderungen aufrechterhalten werden kann. *pk*

## USA – RUSSLAND – EUROPA

## Kreml Desinformations- kampagne «Doppelgänger» entlarvt

Seit mehreren Jahren führt Russland unter der Leitung von Sergei Kirijenko, dem stellvertretenden Leiter der russischen Präsidialverwaltung, eine gross angelegte Desinformationskampagne namens «Doppelgänger» durch. Ziel ist es, in westlichen Gesellschaften Zweifel an demokratischen Werten zu säen und prorussische Narrative zu verbreiten. Dazu bedienen sich die Verantwortlichen gezielt zugeschnittener Online-Medien. Detaillierte technische Analysen des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz konnten nun aufdecken, wie die Kampagne systematisch erstellt, international verteilt und dynamisch an die politische Lage angepasst wird. Der Akteur erstellte hunderttausende gefälschte Social-Media-Profile, dutzende gefälschte Webseiten von Leitmedien sowie eigene Fake-Nachrichtenportale. Die Kampagne operiert in mehreren Sprachen und hat Zielstaaten in ganz Europa, darunter auch Deutschland. Laut Erkenntnissen des Landesamtes finden die Tätigkeiten überwiegend innerhalb üblicher russischer Bürozeiten statt. An russischen Feiertagen waren kaum Aktivitäten festzustellen. Zudem belegen kyrillische Schriftzeichen in Datenbanken und Skripten sowie administrative Zugriffe über russische IP-Adressen den Ursprung der Kampagne. Im Juli 2023 sanktionierte die EU bereits sieben russische Personen und fünf Organisationen für ihre Rolle bei «Doppelgänger». Die Kampagne stützt sich auf gefälschte Webseiten, die sich als nationale Medien und Re-

gierungswebseiten ausgeben, sowie auf Fake-Konten in sozialen Medien. Auch die französische Behörde Viginum deckte die Vorgehensweise von «Doppelgänger» auf. Die gefälschten Webseiten sind optisch kaum vom Original zu unterscheiden. Über Facebook-Seiten und Werbeanzeigen wird zusätzlich Desinformation verbreitet. Interne Dokumente der von Kirijenko geführten Unternehmen Social Design Agency (SDA) und Structura zeigen detailliert, wie ausländische Presseagenturen, Medien und weitere Organisationen überwacht werden, um die Effektivität der Kampagne zu messen. Zudem plant SDA gezielt Einfluss auf die US-Wahlen 2024 zu nehmen, indem in Swing-States-Wähler mit Desinformation über soziale Medien und «Influencer», denen Teils bis zu einer halben Million US-Dollar monatlich bezahlt werden, erreicht werden sollen. Das FBI konnte nun durch eine eidesstattliche Erklärung nachweisen, dass «Doppelgänger» unzählige Domains von US-Firmen benützt, um Nachrichtenportale wie «Fox News», «The Washington Post» und weitere zu imitieren. Über gefälschte Social-Media-Profile werden dazu Links zu diesen Seiten gestreut, um Leser auf die Propaganda zu locken. Auch Künstliche Intelligenz wird eingesetzt, um Inhalte und Werbung zu generieren. Neben den gefälschten Seiten betreibt «Doppelgänger» aber auch eigene Nachrichtenmarken, die zwar als unabhängig erscheinen, aber ebenfalls vom Kreml gesteuert werden. Laut FBI steuert die SDA weltweit über 2800 Influencer, darunter auch viele US-Abgeordnete. Aber nur rund 20 Prozent der ausgespähnten Accounts sind in den USA ansässig. Es muss deshalb davon ausgegangen werden, dass das US Department of Justice bereits Ermittlungen gegen die Betreiber der grossen Social-

Media-Plattformen aufgenommen hat. Und auch die EU hat diese im Visier und mahnt zur Moderation der Inhalte und droht mit horrenden Geldstrafen oder der Einstellung der einschlägigen Dienste in Europa. Zudem dürfte die Schweiz im Visier solcher Kampagnen stehen, wie das Bayerische Landesamt präzise analysiert. Diese neuesten Erkenntnisse zeigen somit das Ausmass der russischen Bemühungen, westliche Gesellschaften zu spalten und demokratische Prozesse zu beeinflussen. *pk*

Deutschlandkurier.de  
Jungefreiheit.de  
Freiewelt.net  
Nachdenkseiten.de  
Berliner-zeitung.de  
Weltwoche.de  
Compact-online.de  
Rationalgalerie.de  
Neulandrebellende.de  
Sevimdagdelen.de  
Tichyseinblick.de  
Freitag.de  
Alexander-wallasch.de  
Riehle-news.de  
Ansage.org

Liste der von «Doppelgänger» zentral gesteuerten und mit Inhalten befüllten deutschen Portale.  
Bild: Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz

## POLEN

## Rekord-Verteidigungshaushalt für 2025

Polens Premierminister Donald Tusk hat einen Haushaltsplan für 2025 vorgestellt, der eine deutliche Steigerung der Verteidigungsausgaben vorsieht. Mit geplanten Ausgaben in der Höhe von 4,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) würde Polen zum Spitzenreiter innerhalb der NATO aufsteigen. Auch für Polen markiert dies einen Rekordwert und eine erhebliche Steigerung im Vergleich zu den 4,2 Prozent in diesem Jahr. In absoluten Zahlen entspricht dies einem Verteidigungsbudget von rund 190 Milliarden Zloty (rund 44,2 Milliarden Euro). Noch vor wenigen Jahren hatte Polen, wie viele Länder in der Region, Mühe, die von der NATO geforderten 2 Prozent des BIP für Verteidigung aufzubringen. Mit den geplanten Ausgaben würde Polen bisherige Spitzenreiter wie Estland (3,43 %), die USA (3,38 %), Lettland (3,15 %) und Griechenland (3,08 %) überholen. Derzeit geben lediglich fünf NATO-Staa-

ten mehr als 3 Prozent ihres BIP für Verteidigung aus, während zwei Drittel der Mitglieder die 2-Prozent-Marke erreichen. Um das drohende Haushaltsdefizit von 289 Milliarden Zloty (69,5 Milliarden Euro) zu bewältigen, erwägt die Regierung Kostensenkungen wie die Abschaffung von Kreditferien und Energiesubventionen. Finanzminister Andrzej Domański rechnet 2025 mit einer Inflation von 5 Prozent. Der Haushaltsplan muss noch mit Gewerkschaften verhandelt und vom Parlament sowie Präsident Andrzej Duda gebilligt werden. Die wachsenden Verteidigungsausgaben gehen mit einem Anstieg der Staatsverschuldung einher, die teilweise zur Finanzierung der Streitkräfte genutzt wird. Doch angesichts der geografischen Nähe Polens zum Krieg in der Ukraine sieht die Regierung die Mehrausgaben als zukunftsweisende Investition in die Sicherheit des Landes. *pk*